

# Fragwürdiges Gutachten

Es war der politische Wunsch, unter der Bevölkerung für eine Art Panik zu sorgen, damit die (steuerzahlenden) Bürger möglichst alles mit sich machen lassen.



Kolumne des Präsidenten

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,*

erst wenn die letzte Schule, die letzte Sporthalle, das letzte Einzelhandelsgeschäft, die letzte Gaststätte und das letzte Hotel wieder uneingeschränkt geöffnet sein werden und man Masken hoffentlich wieder nur zur Karnevalszeit braucht, erst dann wird man den Verlauf der Corona-Pandemie und die daraus hervorgegangenen Schäden bilanzieren können. Doch das Folgende läßt sich schon jetzt leicht erkennen: Es gab ein großes Politikversagen in Form offenbar „bestellter“ Gutachten und in Form von Zusagen und Versprechen, die reihenweise gebrochen wurden. Und es wurde wieder einmal deutlich, dass staatliches Handeln nur in unabdingbaren Fällen angebracht ist.

Schon beim ersten Lockdown im März 2020 berief sich das politische Berlin auf ein angebliches „Gutachten“, in dem vor Millionen „Corona-Toten“ gewarnt wurde, wenn man nicht zu massiven, die Grundrechte beschneidenden Gegenmaßnahmen greifen sollte. Heute weiß man, dass die Aussagen dieses „Gutachtens“ regelrecht bestellt waren. Es war der politische Wunsch, hiermit unter der Bevölkerung für eine Art Panik zu sorgen, damit die (steuerzahlenden) Bürger möglichst alles mit sich machen las-



Dipl.-Ök. Thomas Brüggmann

sen. Und nach dem ersten Lockdown „versprach“ Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), dass man mit dem neu erworbenen Wissen in Zukunft gewiß kein Einzelhandelsgeschäft mehr

schließen würde. Wenige Monate später kam es dann zur zweiten Schließungswelle. Seitdem darbt nicht nur der mittelständisch geprägte Einzelhandel dahin, während Großkonzerne wie Amazon das Geschäft ihres Lebens machen. Dumm ist dabei, dass z.B. Amazon in Deutschland nur wenig Steuern zahlt, ganz im Gegensatz zur jetzt gebeutelten, mittelständischen Wirtschaft.

Lehren ziehen kann man auch aus dem europäischen Impfstoff-Debakel. Unabhängig von der vielleicht mangelnden grundsätzlichen Eignung der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen (CDU), drängt sich in diesem Zusammenhang wieder einmal die Anmerkung auf, dass staatliche Stellen im Regelfall weniger effektiv arbeiten als die private Wirtschaft. Dies erst recht, wenn es um mittelständische und kleinere Betriebe ginge. Entsprechend handhabbare Impfstoffe vorausgesetzt zeigen z.B. die deutschen Arztpraxen in jedem Jahr, wie sie bei der Grippeimpfung innerhalb recht weniger Wochen mehr als 20 Millionen Spritzen setzen. Ganz ohne Impfzentren,

überlastete Internetseiten oder kaum erreichbare „Telefon-Hotlines“. Es ist kaum nachvollziehbar, warum dies nicht selbst mit dem BioTech-Impfstoff möglich sein sollte. Dieser muß zwar auf Dauer bei minus 70°C gefroren sein, kann aber nach dem Auftauen bis zu 24 Stunden bei Kühlschranktemperatur seine Wirksamkeit behalten. Wetten, dass die meisten niedergelassenen Ärzte und ihre Helfer damit problemlos zurechtkämen?

Die einschneidenden Corona-Maßnahmen wurden uns u.a. mit dem Warnhinweis verkauft, dass es sonst schnell zu einer Überlastung des Gesundheitssystems mit der Notwendigkeit der Triage kommen müßte, also dem Aussortieren derjenigen Kranken, bei denen eine eventuell lebensrettende Intensivbehandlung weniger erfolgversprechend wäre als bei anderen. Hierzu kam es auf den deutschen Intensivstationen in Bezug auf Corona bisher aber nicht. Stattdessen mehrte sich jetzt in der Kinder- und Jugendpsychiatrie z. B. die Zahl der wegen Schulschließungen etc. suizidgefährdeten Kinder in einem Maße, das in zumindest einigen Praxen eine Triage erforderlich machte. Doch dazu schweigen die Politiker und die ihnen ergebenen Medien.

Man wird sich einander „viel verzeihen“ müssen, unkte Jens Spahn bereits nach dem ersten Lockdown-Ende, als der noch weitaus heftigere zweite Lockdown nicht absehbar war. Beim „Verzeihen“ sollte es aber nicht bleiben. Gefragt ist die Aufarbeitung der begangenen Fehler, wozu eine erste Bestandsaufnahme in etwa der folgenden Art und Weise gehören sollte:

Es ist erstens legitim, wenn seitens der Politik

wissenschaftliche Gutachten eingeholt werden. Doch die Freiheit der Wissenschaft, das Für und Wider der Argumente müssen dabei gewahrt bleiben. Zu Gutachten mit „bestelltem“ Ergebnis darf es nicht noch einmal kommen! Staatliche Stellen haben sich zweitens wieder einmal als ineffiziente Organisatoren erwiesen. Welche Aufgabe auch immer durch die Privatwirtschaft erledigt werden kann – wozu in diesem Fall auch die niedergelassenen Ärzte zählen – sollte „privat“ erledigt werden und darf nicht in staatliche Hände kommen. Staatliche Zusagen oder „Versprechen“ sind drittens einzuhalten. Das „gegenseitige Verzeihen“ muß sich viertens nicht nur in einer Nachsicht der Bevölkerung gegenüber den verantwortlichen Politikern ausdrücken, sondern auch gegenüber den durchaus zahlreichen kritischen Bürgern, die im Zuge der Corona-Pandemie z.B. als „Corona-Leugner“ diffamiert wurden. Und fünftens sollten große Teile der sogenannten „Qualitätsmedien“ ihre eigene Berichterstattung einer kritischen Prüfung unterziehen. Das weitgehend kritiklose „Nachbeten“ von auf Pressekonferenzen ausgegebenen Lösungen gehört nicht zu deren Aufgaben!

Herzlichst Ihr



---

**Besuchen Sie uns im Internet unter [www.bvmu.de](http://www.bvmu.de)**